

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

9.9.1930 (No. 209)

geprägt: „Wenn nicht durch Artikel 48 die notwendigen Mittel bereitgestellt wären, dann wären wir heute nicht mehr in der Lage, die Unterstützung an die Arbeitslosen auszusprechen.“ Die Politik des Reichskabinetts war eben befristet, Sanierung und Durchführung der Arbeitslosenunterstützung miteinander zu verbinden. Man könnte sich ja theoretisch denken, daß einmal eine Regierung erklärt, sie halte die ganze Arbeitslosenversicherung, die erst seit dem Jahre 1927 besteht, für unnötig und fordere eine Abschaffung dieses Gesetzes unter Wiederherstellung des Zustandes, wie er vorher geherrscht hat. Eine derartig unsoziale Haltung hat das Reichskabinetts nicht eingenommen, sondern mit allen Mitteln sich bemüht, gerade der in ihren finanziellen Grundlagen wankenden Arbeitslosenversicherung neue Festigkeit zu geben. Daß eine solche Fundamentierung nur denkbar ist auf dem Wege einer sinnvollen Reform der Versicherung und auf dem Wege einer Sanierung unserer öffentlichen Finanzen und unserer Wirtschaft, das versteht sich von selbst.

Es ist kein Ruhmestitel in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus, daß es nicht möglich gewesen ist, eine Finanz- und Wirtschaftspolitik der Berrunft mit Hilfe einer parlamentarischen Mehrheit durchzuführen. Daß es nicht möglich war, kann nur zwei Gründe haben: entweder gibt es wirklich noch immer Politiker, die da meinen, nach der Methode der letzten Jahre weiterregieren zu können, Politiker also, die von einer vernünftigen Einsicht in die Dinge entfernt sind, oder aber es müssen andere Rücksichten, nämlich Rücksichten der Wahlagitatorik und der Populartätshäsherei, als Erklärung herangezogen werden. Wahrscheinlich werden beide Motive mitgewirkt haben.

Daß es zum mindesten innerhalb der Sozialdemokratie Politiker gibt, für die weder der eine noch der andere Grund gilt, die also innerlich der prinzipiellen Notwendigkeit der Brüning'schen Reformpolitik zustimmen, wird vielfach angenommen. Und die öffentliche Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem preussischen Ministerpräsidenten Dr. Braun scheint diese Annahme zu bestätigen. Bei dieser Unterhaltung hat es sich um die Frage gehandelt, ob der Reichskanzler noch einmal die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch zu nehmen gedente. Dr. Brüning hat darauf mit der Gegenfrage geantwortet, ob denn die Sozialdemokratie faktisch mit einem Mann zusammenarbeiten wolle, von dem es in einem sozialdemokratischen Wahlflugblatt heißt, er habe mit den Ärmsten unserer Armen kein Erbarmen. Diese Frage hat Herr Braun wirklich „mit einem glatten Ja“ beantwortet. Herr Braun wäre also bereit, mit dem Reichskanzler zusammenzuarbeiten, obwohl er sich im Innern keinem Zweifel darüber hingeben kann, daß bei einer solchen Zusammenarbeit von der Linie der Brüning'schen Reformpolitik gewiß nicht abgewichen werden würde. (Fortf. folgt.)

Keine Anleihebemühungen in Frankreich. Nach Mitteilungen von zuständigen Berliner Stellen ist es nicht richtig, daß sich die Reichsregierung direkt oder durch Vermittlung bei französischen Kapitalisten oder an sonstigen französischen Stellen um eine Anleihe bemüht oder über eine solche verhandelt hat.

Verbot der nationalsozialistischen Uniform in Hamburg. Im Zusammenhang mit schweren politischen Zusammenstößen vom Sonntag hat die Hamburger Polizeibehörde eine Verordnung erlassen, nach der das öffentliche Tragen der Parteiuniform der NSDAP. und ihrer Unter-, Hilfs- und Nebenorganisationen verboten wird.

Gewerkschaftsbund der Angestellten. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten zählte Ende 1929 320 117, Mitte 1930 über 340 000 Mitglieder. Er unterhält 110 Ortsgruppenheime und 20 eigene Grundstücke, darunter 8 Urlaubsheime, die 1929 103 215 Verpflegungstage aufwiesen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten ist an 928 Tarifverträgen für Angestellte beteiligt; er besitzt 7490 Mitglieder in den Betriebs- und Angestelltenräten.

Verbesserungen im Bad. Landestheater

Im folgenden seien die Arbeiten aufgezählt, die während der diesjährigen Ferien durchgeführt worden sind. Sie gliedern sich in solche Verbesserungen, die den Theaterbesuchern unmittelbar zugute kommen und solche, die technischer Art sind und zur Erhöhung der Sicherheit im Zuschauerhaus beitragen sollen.

Zur ersten Gruppe gehören:

1. der neue Bodenbelag im Parkett (Korklinoleum-Schalldämpfung),
2. die neue Bestuhlung des Parketts und damit zusammenhängend:
3. die Entfernung der Parterrelöcher und an ihrer Stelle
4. die Schaffung neuer Eingänge, so daß sich jetzt der Verkehr bei den Eingängen von der Schalterhalle unabhängig entwickeln kann vom Verkehr bei den Zugängen in den Zuschauerraum (größere Übersichtlichkeit, geringere Gefährdungen, daher schnellere Abwicklung),
5. die neue einheitliche Bestuhlung der Logen im 1. Rang an Stelle der verschiedenartigsten bisherigen,
6. die neue Bestuhlung im 3. und 4. Rang mit Klappstühlen und die Entfernung der beengenden Zwischenwände.

Die zweite Gruppe umfaßt:

1. das Entfernen der alten offenen Drahtleitungen, damit verbunden Verlegung neuer Rohrleitungen im 4., 3. und 2. Rang und in den Treppenhäusern unter Fuß. (Im 1. Rang und im Parkett sind die offen verlegten Leitungen schon bei einer früheren Instandsetzung durch Rohrleitungen ersetzt worden.)
2. Neue Zuleitungskabel, welche Strom auf zwei völlig selbständige Leitungssysteme liefern:
a) für die normale Beleuchtung,
b) für die Notbeleuchtung, wozu noch
c) eine Panikbeleuchtung kommt, die in Stagnanzverzug verlegt ist und vom Feuermelderpersonal unmittelbar bedient wird.

Die Europafrage an den Völkerbund

Das Ergebnis der vorläufigen Aussprache

Die am Montag in Genf abgehaltene Konferenz, auf der Vertreter von 26 europäischen Staaten über die Behandlung des Briand-Memorandums berieten, endete damit, daß die ganze Europafrage der Völkerbundsversammlung überwiesen wurde, von der man allgemein annimmt, daß sie das weitere Studium aller Fragen der politischen, wirtschaftlichen, finanziellen usw. einem Ausschuss übertragen werde. Dabei steht es der Völkerbundsversammlung frei, entweder einen allgemeinen Völkerbunds-ausschuss oder einen engeren europäischen Ausschuss einzusetzen. Einer Anregung, die europäischen Vertreter erst später nochmals in der geistigen Form zusammenzubringen, ist keine Folge gegeben worden, so daß die ganze Angelegenheit fortan im Rahmen des Völkerbundes weitergeführt wird.

Die wesentlichen Sätze der in der Montagkonferenz angenommenen Entschließung lauten:

„Die Vertreter der europäischen Regierungen nehmen Kenntnis von dem Ergebnis der Umfrage zur Schaffung einer europäischen Union. Sie sind überzeugt, daß eine enge Zusammenarbeit der europäischen Völker auf allen Gebieten des internationalen Lebens für die Aufrechterhaltung des Friedens in der Welt von grundlegender Bedeutung ist. Sie sind einmütig in der Auffassung, daß diese Zusammenarbeit im Rahmen des Völkerbundes und im Geiste der Grundzüge des Völkerbundes erfolgen soll.“

Ein französisches Weißbuch über die föderative Gestaltung Europas

Die französische Delegation hat am Montagmorgen unter dem Titel „Schriftstücke über die Organisation einer europäischen föderativen Union“ der Öffentlichkeit das angekündigte Weißbuch über die europäischen Fragen übergeben.

„Durch die Sorgfalt bei der Ausarbeitung ihrer Antwort“, so heißt es in der Erklärung u. a., „haben die befragten Regierungen bewiesen, welche Bedeutung sie einem so hohen Ziel wie dem der materiellen und moralischen Organisation Europas beimessen, und sie haben ihr Bestreben gezeigt, seine Verwirklichung auf planmäßig vorbereitete Boden in Angriff zu nehmen.“

Nach Erörterung der einzelnen Antworten hinsichtlich der grundsätzlichen und besonderen Fragen des Weißbuchs diejenigen Punkte zusammen, die einer sofortigen Erörterung bedürfen. „Alle befragten Regierungen“, so heißt es weiter, „sind mit der französischen Regierung in dem Wunsch einig, die geplante Union unter der moralischen Autorität des Völkerbundes zu stellen. Hierüber muß eine Beratung der europäischen Konferenz so bald eröffnet werden, daß es ihr möglich ist, rechtzeitig die Bedingungen zu treffen, in der sie sich über die Ansichten der Versammlung zu vergewissern hat.“

Die Zusammenstellung der einzelnen Antworten der Regierungen ist insofern bemerkenswert, als sie zahlreiche wichtige Präzisionen des französischen Standpunktes und interessante Auseinandersetzungen mit den Argumenten einzelner Regierungen enthält. Im ersten Teil der Analyse, der sich mit den grundsätzlichen Fragen beschäftigt, wird festgestellt, daß die Notwendigkeit einer Koordinierung in Europa von allen befragten Regierungen anerkannt wird. In diesem Zusammenhang wird auch der deutsche Hinweis auf die Revisionennotwendigkeit des gegenwärtigen europäischen Status gebracht. „Die deutsche Regierung geht sogar soweit, darauf hinzuweisen, daß die Struktur Europas nach ihrer Ansicht tiefgehende Veränderungen erfordert, und sie ist der Auffassung, daß die allgemeine Organisation des Kontinents in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht eine die natürlichen Lebensbeziehungen der Völker entsprechende Entwicklung verhindert.“

Der zweite Teil betrifft die Einführung der europäischen Organisation in den Rahmen des Völkerbundes. Die französische Regierung stellt fest, daß in allen Antworten zum Ausdruck kommt, daß die überragende Stellung des Völkerbundes gemacht, sein Tätigkeitsgebiet nicht eingeschränkt und seine Universalität nicht angezweifelt werden dürfe. Unter den Vorbehalten wird auch die Befürchtung der deutschen Regierung erwähnt, daß sich eine Isolierung Europas anbahnen könne, die die Bildung anderer Gruppen innerhalb des Völkerbundes zur Folge haben könnte.

Der letzte grundsätzliche Punkt betrifft die Achtung der Unabhängigkeit und der Souveränität der Staaten. Es wird bemerkt, daß jeder Gedanke einer politischen Beherrschung ausgeschlossen sei, und daß die Staaten in die Vereinigung nur eintreten würden, um dort die im Völkerbund, unter dessen Kontrolle die Vereinigung steht, ihre Rechte auszuüben. Der Begriff der Gleichberechtigung wird sodann folgendermaßen präzisiert: Es handelt sich um die Gleichheit, die innerhalb der geplanten Vereinigung allen Mitgliedern gesichert werden soll, d. h. um die Gleichheit der Rechte, zu der jeder Staat durch seinen Beitritt berufen wäre, ohne daß die Verpflichtungen oder Rechte aus anderen etwaigen Verpflichtungen dadurch berührt würden. Nur so könne

3. Zusammenlegung aller Schalter der gesamten Beleuchtungsanlage an einer Stelle, wodurch die Handhabung erleichtert und die Übersichtlichkeit verbessert wird.

4. Entfernung der Glasgloden am Kronleuchter, wodurch das Schußnetz übersichtlicher wird.

Die Arbeiten bilden die Fortsetzung der seit mehreren Jahren planmäßig durchgeführten Umbauarbeiten und technischen Verbesserungen, deren Anfang die Erweiterung der Gänge und Kleiderablagen im Parterre und der Zugänge zum Foyer waren, denen wesentliche Verbesserungen an den Zugängen und Treppenhäusern im Bühnenhaus folgten, mit denen verbunden auch die Be- und Entlüftungsanlagen erweitert wurden.

Es wird angestrebt, die beschriebenen Mittel, die dem Landestheater zur Verfügung gestellt werden können, so auszunutzen, daß nach einer weiteren Reihe von Jahren ein Zustand erreicht wird, der den Anforderungen, die man an ein Landestheater und an eine zeitgemäße Bühne stellen kann, genügt trotz der Mängel, die einem beinahe 80-jährigen Gebäude anhaften.

Von diesem Gesichtspunkt aus will es auch verstanden sein, daß beispielsweise im Anstrich und ähnlichem jetzt nur die aller notwendigsten Ausbesserungen gemacht worden sind, da die gründliche Herrichtung und einheitliche Gestaltung der Räume des Zuschauerhauses erst für einen späteren Bauabschnitt vorgesehen sind. Zuvor muß noch die veraltete Heizungsanlage erneuert werden.

Die Heidelberger Theaterfrage. Dem Bürgerausschuss Heidelberg ist nunmehr die Theatervorlage zugegangen. Diese erstucht den Bürgerausschuss, dem Beisitzer des Stadtrats zuzustimmen, wonach dem bisherigen Intendanten Gahn das Stadttheater für Betrieb auf eigene Rechnung, Verwaltung und Verantwortung ab 15. September zunächst auf die Dauer eines Jahres überlassen wird. Die über die vorgesehenen Aufwendungen bei geschlossenem Theater (rund 80 000 M für das Theaterjahr, ferner 9000 M einmalige Abfindung des Intendanten bei einem der Stadt verbleibenden Orchesterzuschuß von 372 601 M in 1930/31) erforderlichen Aufwendungen für Heizung und Beleuchtung in Höhe von 30 000 M für das Spieljahr sind aus Wirtschaftsmitteln zu decken.

die Frage zwischen Mitgliedern des Völkerbundes gestellt werden. Die ungarische Regierung möchte den Begriff der Souveränität und Gleichberechtigung dahin ausgelegt wissen, daß die Befestigung aller Ungleichheiten bedeute, die praktisch für gewisse Staaten eine Behinderung ihrer Souveränität bilden. Die italienische Regierung sei ähnlicher Ansicht, wenn sie meine, daß die Bedingung absoluter Gleichheit unter den Staaten der Vereinigung die letzten Unterschiede zwischen Sieger und Besiegten auslösche.

Erklärungen des Reichsaussenministers

Reichsaussenminister Dr. Curtius empfing Montagabend die Vertreter der Weltpresse. Er betonte, daß die deutsche Regierung von Anfang an eine positive Stellung zu dem Gedanken einer europäischen Föderation eingenommen habe, und daß ihre kontinuierlich befolgte Politik der internationalen Zusammenarbeit und der Förderung des Friedens von jeder fünfjährigen Regierung werde fortgesetzt werden müssen. Es sei das Verdienst Briands, den Europagedanken aus der Sphäre der privaten Propaganda in den Bereich verantwortlicher Regierungsverhandlungen erhoben zu haben. Damit sei der Wege einer zwar langsamen aber organischen Entwicklung vorgezeichnet, wie sie zum Gelingen des Planes notwendig sei. Man habe sich in der Konferenz über die Form der weiteren Behandlung der Angelegenheit zwar unterhalten, sei aber der Ansicht gewesen, daß der Völkerbundsversammlung in dieser Hinsicht nicht vorgegriffen werden dürfe. Das Projekt werde voraussichtlich zunächst in der Vollerfassung und sodann im politischen und im wirtschaftlichen Ausschuss eingehend beraten und einem Studienkomitee überwiesen werden, so daß man sich voraussichtlich im nächsten Jahre aus neue mit der Frage beschäftigen werde.

Dr. Curtius wies auf die Bedeutung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit hin, die trotz der Rückschläge durch die Weltwirtschaftskrise, unter der Deutschland ganz besonders leide, sich in fortgeschrittener Entwicklung befinde. Er begrüßte die Ansätze der Zusammenarbeit auf agrarpolitischem Gebiet, wie sie in den Konferenzen von Sinaia, Bukarest und Warschau zum Ausdruck komme und befürwortete eine Eingliederung der für Industrieerzeugnisse besonders aufnahmefähigen südosteuropäischen Staaten in die wirtschaftlichen und Austauschbeziehungen innerhalb Europas.

Die heutige Völkerbundstagung

Deutsche Beschwerden — England und Ostafrika

W.B. Genf, 9. Sept. (Tel.). Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Völkerbundsrates stehen zwei dänischer Fragen, einige Beschwerden der deutschen Minderheit in Oberschlesien und die Frage des Bahnschusses im Saargebiet.

Zunächst nahm der Rat den Bericht des finnischen Außenministers Procope über die ordentliche Sitzung der Mandatskommission im Juli d. J. entgegen. Der Berichterstatter ging in diesem Zusammenhang kurz auf den bekannten englischen Plan einer engeren Verbindung des Tanganjika-Gebietes mit den benachbarten englischen Territorien von Kenja und Uganja ein. Die englische Regierung habe in dem Weißbuch, das über diese Absicht Aufschluß gab, der Kommission Ausdruck gegeben, daß die Mandatskommission in der Lage sein werde, zu dieser Frage auf ihrer Tagesordnung im Oktober Stellung zu nehmen. Sie habe sich verpflichtet, vor einer endgültigen Entscheidung sich mit der Mandatskommission ins Benehmen zu setzen. Der Rat nahm den Bericht an. Vorher gab Reichsaussenminister Dr. Curtius eine kurze Erklärung ab, in der er betonte, daß die deutsche Regierung sich vorbehalten müsse, auf Einzelheiten des Berichtes, namentlich auf die Tanganjika-Frage, bei späterer Gelegenheit zurückzukommen.

Die erste öffentliche Sitzung der 60. Tagung des Völkerbundsrates wurde, wie gemeldet, am Montagvormittag in Genf vom Vizepräsidenten Junkin (Venezuela) eröffnet.

Der finnische Außenminister Procope erstattete den Palästina-Bericht der Mandatskommission. Der englische Außenminister Henderson bestätigte, daß sein allgemeines Verbot der jüdischen Einwanderung nach Palästina ergebe, sondern lediglich eine vorübergehende Beschränkung der Einwanderung aus politischen Gründen angeordnet gewesen sei. Henderson kündigte an, daß die englische Regierung eine ausführliche Erklärung über ihre Absichten hinsichtlich der künftig in Palästina zu befolgenden Politik ausarbeiten werde. Der Vertreter Periens sprach sein Bedauern darüber aus, daß in dem Bericht Proscopes nicht die Verpflichtung der Mandatsmacht zur Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte des nichtjüdischen Bevölkerungsteiles erwähnt worden sei. Der jugoslawische Delegierte schloß sich den Erklärungen des perischnen Vertreters an, betonte aber, daß das Mandat über Palästina eine historische Aufgabe gegenüber dem jüdischen Volk zu erfüllen und dabei gleichmäßig beide Bevölkerungssteile im Interesse der Allgemeinheit zu berücksichtigen habe.

Über die Arbeiten der 32. Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes im Juni 1930 berichtete Reichsaussenminister Dr. Curtius. Der Bericht, der u. a. die Frage der Ausfuhrprämie, des Schmuggels, insbesondere des Alkoholgeschmuggels, sowie des Ballfischfanges behandelte, wurde angenommen. Ohne Aussprache wurde dann weiter der Bericht über die Wechsel- und Scheidungskonferenzen, den gleichfalls Dr. Curtius erstattete, angenommen.

Der Bahnschuss im Saargebiet

W.B. Genf, 9. Sept. (Tel.). Reichsaussenminister Dr. Curtius hatte heute vormittag vor Beginn der öffentlichen Sitzung des Rates eine Besprechung mit dem französischen Außenminister Briand. In der Besprechung dürfte insbesondere die Frage des Bahnschusses im Saargebiet, die auf der Tagesordnung der heutigen Ratssitzung steht, erörtert worden sein.

Der französische Etat um 6 Milliarden gekürzt. Dem „Journal“ zufolge belaufen sich die Abträge vom Budget, die ein Ministerrat am Samstag genehmigt hat, auf rund 6 Milliarden Franken. Hiervon sollen in erster Linie das Kriegsministerium, das Marineministerium, das Luftfahrtministerium und das Kolonialministerium betroffen werden.

Der Gesundheitszustand des Papstes. Gegenüber Nachrichten, die von einer lebensgefährlichen Erkrankung des Papstes wissen wollen, erklärt die Agenzia Stefani, daß sich der Heilige Vater besser befindet als erzu, und auch am Sonntag, wie gewöhnlich, eine Spazierfahrt im Kraftwagen durch die Vatikanischen Gärten unternommen habe.

Die Besprechungen mit Gandhi abgebrochen. Die neuen Besprechungen, die am Donnerstag mit Gandhi stattfanden, um einen Friedensschluß in Indien herbeizuführen, sind abgebrochen worden.

Zum Kommunistenaufruf in China. In Tschangtscha herrscht unbeschränkte Verwirrung. Zahlreiche Hinrichtungen und andere Bluttaten verschärfen die Situation. Die Kommunisten sind doppelt so stark wie die ihnen gegenüberstehenden Regierungstruppen, doch scheinen die letzteren besser bewaffnet zu sein und besser geführt zu werden.

Der Entwurf zur Änderung der Versicherungsaufsicht

Der vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeitete, jetzt der Öffentlichkeit vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 sieht im wesentlichen folgendes vor:

1. Eine Klarstellung, daß die Aufsichtsbehörde allein zu entscheiden hat, ob eine Unternehmung im Sinne des Gesetzes aufsichtspflichtig ist;
2. eine jährliche Pflichtrevision der größeren Versicherungsunternehmen;
3. den Ausbau des gegenwärtigen Rechtes der Aufsichtsbehörden, Revisionen vorzunehmen, zu einer Pflicht;
4. die Schaffung eines besonderen Treuhänders für die Anlegung und Aufbewahrung des Prämienreferendums;
5. eine Verschärfung der Bestimmungen, die die Art der Anlegung des Prämienreferendums regeln, und zwar in der Richtung einer Fernhaltung der Unternehmungen von spekulativen Anlagen;
6. zur Vermeidung von Zweifeln die Schaffung eines Rechtes der Aufsichtsbehörde, den Versicherungsunternehmen die gefährdete Beteiligung an versicherungsfremden Unternehmungen zu untersagen oder nur unter Bedingungen zu gestatten;
7. die Schaffung eines gewissen Vorzugsrechtes der Versicherer im Konkursfall.

In der ausführlichen Begründung zu dem Gesetzentwurf heißt es u. a., daß die auch im Versicherungsgewerbe fortschreitende Konzentrationsebene eine Anpassung des Gesetzes an diese Wirtschaftsentwicklung nahelege.

Eine beschleunigte baupolizeiliche Behandlung der Bauaufträge wird nach einem Regierungserlaß in Preußen angeordnet, um jedes Unternehmen, bei dem Arbeitskräfte beschäftigt werden, in jeder Weise auch durch die Behörde zu fördern. Die Baupolizeibehörden, aber auch alle sonstigen beteiligten Behörden sollen allen Bauvorhaben gegenüber größtes Entgegenkommen zeigen. Die Baupolizei soll in den Fällen, in denen sie das Bauvorhaben nicht unbedingt genehmigen kann, dieses nicht einfach ablehnen, sondern durch sachgemäße Beratung des Bauherrn eine Lösung anstreben, die eine möglichst beschleunigte Ausführung des Bauvorhabens ermöglicht.

Start des „Graf Zeppelin“ nach Moskau

Dr. Friedrichshafen, 9. Sept. (Tel.) Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist heute früh 8 Uhr zu seiner Fahrt nach Moskau gestartet. Die Führung hat diesmal Dr. Eckener. An Bord befinden sich 20 Passagiere.

Gedächtnisfeier für Andree in Tromsö

Die Gedächtnisfeier für Andree und seine Gefährten in der Kirche in Tromsö gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Feierlichkeit. Stadt und Hafen hatten überall halbwegs geflaggt. Unter den Geladenen befanden sich Angehörige von Andree, ferner die wissenschaftliche Kommission, Vertreter der Behörden, die Besatzung der „Bratvaag“ und die Mitglieder der Dr. Hornsnes Expedition. Die Särge waren unter der Kanzel aufgestellt und mit der schwedischen Flagge bedeckt. Fahnen in den norwegischen und schwedischen Farben standen zur Seite. Die Kirche war stimmungsvoll mit Trauerflor ausgeschlagen. Der Geistliche erinnerte in seiner Predigt daran, daß in der gleichen Kirche zwei Jahre zuvor eine Trauerfeier für Roald Amundsen und Nathan stattgefunden habe. Sobald das Nobbefangschiff „Sjöbjörn“ mit den Gebeinen Fränzels eingetroffen sein wird, werden alle drei Särge von schwedischen Matrosen von der Kirche nach Schweden übergeführt.

Kleine Chronik

Einen frühzeitigen Eintritt des Winters kündigt der Vorhand der Forschungsstelle für langfristige Wettervorhersage in Berlin, Dr. Baur, an. Die gegenwärtige warme Bitterung werde zwar noch längere Zeit fortbestehen, im Oktober und November werde aber die Temperatur in Deutschland im Durchschnitt unter der normalen liegen, so daß in diesem Jahre mit einem ziemlich frühzeitigen Eintritt des Winters zu rechnen sei.

Der Debitenverwalter der Nähmaschinenfabrik Pfaff, Karl Mayer in Kaiserslautern, wurde, wie jetzt erst bekannt wird, am Freitag wegen Veruntreuungen festgenommen. Die unterschlagene Summe beläuft sich auf 10 000 Dollar und 200 englische Pfund.

In Berlin drangen Einbrecher in die Reichsapothek in der Gläckerstraße ein. Wertwürdigerweise hatten sie es nur auf den Giftschrank abgesehen. Vier nahmen sie Ghanali, Strichstein und ähnliches Gift an, während sie an den Kauschgiften wie Kokain, Heroin usw. vorbeigingen. Den Giftschrank haben sie aufgebrochen, das Geld jedoch nicht mitgenommen. Es ist ihnen also nur auf die scharf wirkenden Gifte angekommen.

In Margate (England) brach nachts im Vergnügungspark „Dreamland“ Feuer aus, das bald einen riesigen Umfang annahm. Die Feuerwehre mußte sich im wesentlichen darauf beschränken, die Tiergärten zu retten. Am Rittersplatz war ein großer Teil des Parkes ein Raub der Flammen.

In Luxemburg schoß ein Unbekannter in einem Kaffeehaus auf einen Angestellten der italienischen Gesandtschaft. Der Angestellte und einer seiner Verwandten wurden verletzt. Der Täter ist entkommen.

Ein Großfeuer richtete in den Niederlagen der Standard Oil im Hafen von Piräus (Griechenland) unübersehbaren Schaden an. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß ein Matrose ein glühendes Brandstück ins Meer warf. Da in der Nähe ein Segelboot benziniert war, und das Meer in seiner Umgebung mit einer dünnen Benzinschicht bedeckt war, fing es sofort Feuer und steckte sogleich neun andere Segelboote und kleinere Boote, die alle Petroleum luden, in Brand. 10 Matrosen sind dabei ums Leben gekommen.

In einer Petroleumsonde in Zagau (rumänisches Gouvernement Moldau) geriet ausbrechendes Petroleum in Brand. 15 Arbeiter wurden sehr schwer verletzt, einige von ihnen liegen im Sterben. Nachdem der Ausbruch aufgehört hatte, gelang es, den Brand zu löschen.

Aus der badischen Industrie

Waggonaufträge für Juchs, Seidelberg. Die im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms erfolgten Bestellungen der Reichsbahn werden sich auf 52 Dampfloklokomotiven, 100 D-Zugwagen, 752 Personenzugwagen, 169 Güterwagen, 136 Gepäckwagen, 112 Bahndienstwagen erstrecken. Diese Aufträge werden circa 80 Mill. Reichsmark erfordern. Mit dem Eintreffen der Aufträge ist täglich zu rechnen. Die S. Juchs Waggonfabrik Seidelberg rechnet auf die Erteilung eines Auftrages von circa 40 Personenzugwagen dritter Klasse. Neueinstellungen von Arbeitern würde dieser Auftragsumfang kaum bringen, doch wird die circa 500 Mann starke Belegschaft voll beschäftigt werden können.

Kündigung des Lohnabkommens in der badischen Ziegelindustrie. Der Verband badischer Ziegelmeister hat zum 30. September das Lohnabkommen gekündigt. Welche Absichten der Arbeitgeberverband mit der Kündigung hat, geht aus dem Kündigungsschreiben nicht hervor.

Badischer Teil

Zur Wahlbewegung in Baden

Eine Rede des Ministers Dr. Kemmele

Am Montagabend veranstaltete die Sozialdemokratische Partei im großen Festsaal in Karlsruhe eine große ohne jede Zensur verlaufene Wählerversammlung, auf der an Stelle des zuerst in Aussicht genommenen aber erkrankten früheren preussischen Innenministers Erzherzog von Baden der badische Unterrichtsminister Dr. Kemmele sprach.

Der Redner, der mit starkem Beifall begrüßt wurde, behandelte in mehr als eineinhalbstündiger Rede zunächst sehr ausführlich die Vorgeschichte der Reichstagsauflösung unter Schilderung der parlamentarischen Rolle der Sozialdemokratie. Dabei ging er insbesondere auf die Finanz- und Steuerpolitik des Reiches ein und lehnte die Verantwortung für die gegenwärtigen Zustände, was die Sozialdemokratie anlangt, ab. Er erklärte dazu u. a.:

Die Sozialdemokratie habe immer wieder eine eidesstattliche Erklärung bei der Vermögenssteueranlage verlangt. Wäre diesem Wunsch Rechnung getragen worden, so wäre ein großer Teil der im Auslande befindlichen deutschen Gelder wieder hereingekommen. Die Sozialdemokratie war stets für einen Ausgleich des Etats, aber nur unter zwei Voraussetzungen, nämlich Falllassen der Bürgersteuer und Anpassung der übrigen Steuern an die sozialen Erfordernisse der Zeit. Diese Forderungen fanden keine Erfüllung. Herr Brüning griff zum Artikel 48. Jetzt, nachdem wir im Wahlkampf stehen und auf all diese Dinge hinweisen, stellt man an uns die Frage, wie wir uns den Fortgang nach dem 14. September denken. Die Antwort sollen sich diejenigen selbst geben, die den Scherbenhaufen angerichtet haben.

Über die prinzipielle Einstellung der Sozialdemokratie zur gegenwärtigen Lage sagte der Redner in Beantwortung der Frage, was die Ursache der Zerrissenheit des deutschen Volkes sei und des juchbaren Kampfes, der sich zur Zeit abspielt. Die Landwirte seien durch die Agrarkrisis mißtrauisch geworden, sie juchten wie der Mittelstand gegen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht, sie schrieben deshalb der Sozialdemokratie die Schuld in die Schuhe. Auch der Student glaube, den Marxismus für seine trübe Zukunftslage verantwortlich machen zu müssen. Nur dann werde es besser werden, wenn der Mehrheitswille entsteht, das privatwirtschaftliche System, wenn es seine höchsten Stufen der Entwicklung erreicht hat, durch gemeinwirtschaftliches System zu ersetzen. Dieser Wahlgang sei der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Arbeiterschaft und Bürgerium, der nicht die jetzigen Formen anzunehmen brauche, wenn beim Bürgerium etwas mehr Verständnis für die wirtschaftliche Entwicklung vorhanden wäre. Die Nationalisierung mit ihrer Protolosmachung von Millionen von Arbeitskräften und Notstandsarbeiten allein nicht die Not beheben, sondern die Anerkennung und Verwirklichung der sozialistischen Forderung, daß da, wo die Kapitalmacht über den Staat gefährlich werde, sie in die Gemeinwirtschaft überführt werde. Der Vertrag der großen Syndikate und Trusts müsse für den Staat, für seine Einwohner beschlagnahmt werden.

Die Sozialdemokratie dürfe keine ba banque-Politik treiben, sie wolle praktische Politik treiben. Sie müsse es aber ablehnen, nur ein Lasttier zu sein und die Forderungen der anderen Parteien zu bewilligen. Wer die Diktatur an Stelle des Volksworts und des Parlamentarismus setze, der begehe schimmigen Volksverrat.

Reichsfinanzminister Dietrich in Freiburg i. Br.

Auf seiner Wahlreise durch Oberbaden sprach Montagabend Reichsfinanzminister Dietrich in einer sehr stark besuchten Versammlung der Deutschen Staatspartei und der Deutschen Volkspartei in der Städtischen Festhalle in Freiburg. Besonders eingehend behandelte er u. a. die Frage der Arbeitslosigkeit. Dieses Problem sei heute die wichtigste Frage, die das ganze politische Leben des deutschen Volkes beherrsche. Seine Ausführungen, die sich auch auf die Frage der Anfurberung der Wirtschaft, die Reichs-, Landes- und Gemeindefinanzen und zahlreiche andere Fragen erstreckten, fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung, insbesondere sein Appell zur gemeinsamen Sammlung aller staatsverhaltenden Parteien und seine Aufforderung an die Jugend, sich für den Staat einzusetzen für seine geordnete Verwaltung, und sich frei zu machen von verwirrenden Theorien. Die Versammlung nahm einen durchaus ruhigen Verlauf, auch die Diskussion bewegte sich entsprechend der Mahnung der Vorredner in sehr ruhigen Bahnen.

Tagungen

Die Hauptversammlung des Badischen Sängerbundes fand am Samstag und Sonntag im festlich geschmückten Oberbach statt. Der Haushalt des Bundes ist mit 110 506,82 Reichsmark im Gleichgewicht. Aus den Einnahmen der 400 Belege umfassenden Rechnung seien folgende Hauptposten genannt: Vorkaufbeiträge 76 618 Reichsmark, Bundesbeiträge 57 594 Reichsmark; von den Ausgaben: Bankzinsen 40 234 Reichsmark, Bundesbeiträge 32 121. Das Vermögen des Bundes beläuft sich auf 27 855 Reichsmark. Über 1000 Nabeln wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr ausgegeben. Die Notwendigkeit, die Jugend in stärkerem Maße als bisher für die Sache des Bundes zu gewinnen, kam vielfach zum Ausdruck. Es wurde gefordert, daß die Gesangsveranstaltungen der Vereine im Hinblick auf ihren kulturellen Wert von der Leitung der Vergnügungsfeier befreit würden. Die nächstjährige Tagung findet in Emdingen statt. Wohlgegelungene festliche Veranstaltungen umrahmten die Tagung.

Aus der Landeshauptstadt

Das Karlsruhe'er Schwurgericht verhandelte am Montag gegen den 21 Jahre alten ledigen Kaiser Emil Deufele aus Huchensfeld bei Forstheim wegen Meineids. Er hatte in einem Unterhaltungsprozess unter Eid falsche Angaben gemacht. In der Beweisaufnahme bestritt er, absichtlich die Unwahrheit gesagt zu haben, gab jedoch die Falschheit zu. Das Schwurgericht verurteilte ihn wegen Meineids unter Berücksichtigung des Strafmitergrundes nach § 163,2 (Widerstreit der ersten Aussage) zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten, worauf acht Wochen der Untersuchungshaft angerechnet werden. — Heute, Dienstag, vormittag vor dem Schwurgericht abermals ein Meineidsprozess zur Verhandlung. Der 32jährige in Wien geborene Metallschleifer Johann Kuster, zuletzt in Stuttgart anständig, war beschuldigt, in einem Ehecheidungsprozess willkürlich einen Meineid geleistet zu haben durch die Behauptung, daß er mit der Ehefrau Kaiser keine Beziehungen gepflogen habe. Durch die Unterfuchung wurde jedoch festgestellt, daß der Angeklagte in Karlsruhe und an verschiedenen Orten mit der Kaiserin kürzere oder längere Zeit zusammengelebt habe. Der Angeklagte will in der Aufregung sich nicht der Tragweite seiner unter Eid abgegebenen Erklärungen bewußt gewesen sein, behauptet auch, nicht gewußt zu haben, daß die Kaiserin verheiratet gewesen sei usw. — Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, abzüglich 5 Monate Untersuchungshaft. Außerdem wurden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt und dauernde Eidesunfähigkeit ausgesprochen.

Zum Einbruchdiebstahl in ein Juweliergeschäft in der Waldstraße wird noch berichtet: Die Einbrecher kamen anscheinend im Kraftwagen angefahren und schlugen, nachdem sie das die

Anlagen schützende Eisengitter beseitigt hatten, die Anstaltsscheiben ein. Das Klirren der Scheiben wurde vom Eigentümer des Ladens gehört, der sofort den Notruf alarmierte. ...norercher haben fast die ganze Auslage, darunter Brillantringe, Ohrringe, Siegelringe usw., in größerer Zahl mitgenommen und sind im Auto mit der Nr. 1 Z 50 161 in Richtung Mannheim davongefahren. Der dem nichtverletzten Juwelier dadurch entstandene Schaden beträgt etwa 6000 RM.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Ein breites Regengebiet zieht gegenwärtig in Begleitung eines Tiefdruckausläufers vorüber. Anschließend ist vorübergehende Besserung und wieder etwas wärmeres Wetter zu erwarten, da wir zunächst in den Bereich der Vorderseite einer neuen ozeanischen Zykone gelangen werden. Der allgemeine Witterungscharakter bleibt aber unverändert. Wetterausichten: Aufsteigend, etwas wärmer und keine nennenswerten Niederschläge, leichte südliche Winde.

Gemeinderundschau

Zusammenfassung der Frankfurter-Offenbacher Gasversorgung

In einer Aufsichtsratsitzung der Frankfurter Gasgesellschaft ist die Verwirklichung des Projektes der Vereinheitlichung der Gasversorgung in Frankfurt nunmehr soweit fortgeschritten, daß die Vorlage der Verträge in kürzester Frist erfolgen wird. Die Vereinheitlichung der Gasversorgung der Frankfurter Gasgesellschaft und der Stadt Frankfurt soll in einer neuen Gesellschaft erfolgen, deren Grundkapital sich restlos in Händen der Städte Frankfurt und Offenbach befindet. Die Gesellschaft wird mit einem Grundkapital von 33 Mill. Reichsmark ausgestattet, wovon die Stadtgemeinde Frankfurt 28 Mill. Reichsmark und die Stadtgemeinde Offenbach 5 Mill. Reichsmark Aktien übernimmt.

Die Gründung erfolgt mit Wirkung vom 31. Januar 1930. Es sollen von der Frankfurter Gasgesellschaft familiäre Aktien und Passiven ausschließlich einiger unbedeutender Beteiligungen (u. a. aber auch die Kohlenfelder Rosenthal) eingebracht werden. Die Frankfurter Gasgesellschaft tritt in Liquidation. Die als Gegenwert für ihre Einbringung erhaltene Aktien der neuen Gesellschaft verläßt die neue Gesellschaft direkt gegen Verrechnung des Liquidationserlöses an die Städte Frankfurt und Offenbach. Die neue Gesellschaft soll die Firma „Main-Gaswerke A.-G.“ erhalten und mit der Stadt Frankfurt einen neuen Konzessionsvertrag bis zum Jahre 1980 abschließen. Den nur kleinen Privataktionären der Frankfurter Gasgesellschaft wird die Stadt Frankfurt ein Ankaufsangebot auf ihre Aktien zu 130 (Vorkurs 110) unterbreitet.

Bürgermeisterwahlen. In Orschweier (Amt Lahr) stimmten von 386 Wahlberechtigten 369 ab. Es erhielt der bisherige Bürgermeister Franz Anton Kuhn 104, Landwirt und Wirtschenswärter a. D. Ludwig Ganmann 22 Stimmen, und Gemeinderat Karl Weber 58 Stimmen. Damit ist Ganmann zum Bürgermeister gewählt. Fünf Stimmen waren unglücklich. — Da in Leutichneureuth (Amt Karlsruhe) in den drei Wahlgängen zur Bürgermeisterwahl keiner der Kandidaten die notwendige Stimmenzahl auf sich vereinen konnte, hat nun das Ministerium des Innern den Kandidaten der Bürgerlichen Vereinigung, Gemeinderat Emil Ulrich, der die meisten Stimmen erhalten hatte, auf zwei Jahre zum Bürgermeister ernannt. Ulrich hat sein Amt am 1. September angetreten.

Die Mannheimer Eingemeindungen. Der Stadtrat Mannheim genehmigte am Montag nach mehrstündiger Verhandlung mit allen gegen 3 Stimmen die Vorlage über die Eingemeindung von Seddenheim und Friedrichsfeld. Der Bürgerausschuß wird sich am 18. September mit der Vorlage zu beschäftigen haben. Die Vorlage wegen Eingemeindung der abgetrennten Gemeinden Kirchgartshausen, Sandtorf und Sträßenheim erfolgte ohne Debatte. Die Stellungnahme über die Erhebung einer Gemeindebehördensteuer wurde vertagt.

Um die Nebenbahn Busenbach-Brödingen. Die von der Pleag beabsichtigte Stilllegung der Nebenbahn Busenbach-Brödingen hat in den beteiligten Landgemeinden viel Staub aufgewirbelt. Hauptächlich sind es die Orte zwischen Langenfeinbach und Brödingen, die sich gegen diese Maßnahme wehren. Zu diesem Zweck fand am Samstagabend im Festhallenaal in Langenfeinbach eine Protestversammlung statt. Nach verschiedenen Referaten und einer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, wonach die in sehr großer Zahl anwesenden Interessenten aus den an der Bahnlinie Etklingen-Brödingen gelegenen Ortschaften nachdrücklich Vernehmung einlegen gegen eine Stilllegung, und einmütig die Umwandlung dieser Bahnstrecke in einen Kleinbahnbetrieb und die Loslösung von der jetzigen Betriebsverwaltung fordern. Die Versammelten traten für die Umgestaltung der Nebenbahn in eine Kleinbahn ein, um damit eine Reichshilfe zu erzielen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	9. September		8. September	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.80	169.14	168.77	169.11
Kopenhagen 100 Kr.	112.25	112.47	112.15	112.37
Italien . . . 100 L.	21.965	22.005	21.965	22.005
London . . . 1 Pf.	20.368	20.426	20.383	20.423
New York . . . 1 D.	4.1930	4.2010	4.1925	4.2005
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.505	16.455	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	81.355	81.515	81.355	81.515
Wien 100 Schilling	59.21	59.35	59.19	59.31
Prag . . . 100 Kr.	12.447	12.467	12.442	12.462

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 6. September hat sich in der verflochtenen Woche der Umlauf an Reichsbanknoten um 231,2 Millionen auf 4486,2 Millionen Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 37,2 Millionen auf 405,7 Millionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und bedeckungsfähigen Devisen haben sich um 23,0 Millionen auf 3011,1 Millionen Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,6 Proz. in der Vorwoche auf 58,4 Proz., diejenige durch Gold und bedeckungsfähige Devisen von 63,5 Proz. auf 67,1 Proz.

Die Notlage des Hopfenbaues. Mit Rücksicht auf die große Notlage der Hopfenbauer hat die bayerische Regierung bei der Reichsregierung eingehende Vorstellungen erhoben und die Einleitung einer Reihe von Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen. Insbesondere wurde die Einführung des Verwendungszwangs für Inlandhopfen mit 90 Prozent des Jahresverbrauchs durch Notverordnung beantragt und gleichzeitig erneut angeregt, daß die handelsvertraglichen Bindungen, die dem Infrastreten des autonomen Einfuhrzollgesetzes für Hopfen entgegenstehen, in Verhandlungen mit den beteiligten Staaten so bald als möglich gelöst werden. Auch wegen etwaiger Kreditmaßnahmen wurde mit den Reichsbehörden in Verbindung getreten.

Eröffnung der Straßburger Messe. Die am Samstag eröffnete Straßburger Messe, die bis Sonntag, den 21. September, dauernd wird, ist im Gegensatz zu früher auf Grund neuer

Organisation das gemeinsame Werk der Stadtverwaltung und einer Gruppe Straßburger Kaufleute. Der Erfolg der neuen Organisation ist durchaus befriedigend. Die vermehrte Ausstellungsfläche ist trotz der Ausweisung gewisser Gruppen von Bewerbern durch die Ausstellungsleitung um ein Drittel größer als im besten der früheren Jahre.

Der Baseler Rheinhafenverkehr im August. Der vergangene August war für den Basler Rheinhafenverkehr gekennzeichnet durch günstigen Wasserstand des Rheins sowie die dauernde Sperre des Düninger Zweigkanals. Im ganzen wurden in den Basler Hafenanlagen 121 456 Tonnen umgeschlagen, eine Menge, wie sie bisher noch nie erreicht worden ist. In den ersten acht Monaten des Jahres wurden 781 408 Tonnen umgeschlagen, das sind wesentlich mehr als die früheren Ganzjahresleistungen, deren höchste 1927 739 840 Tonnen betrug. Diese überaus günstige Entwicklung der Rheinhafenschiffahrt hat schon jetzt bewiesen, welche große wirtschaftlichen Vorteile die Oberheimregulierung für die Schweiz, aber auch für Oberbaden bringt.

Zusammenschluß der deutschen Lagerhausunternehmungen. Unter Führung namhafter Firmen des Lagerhaus- und Speichergewerbes Bamberg, Berlin, Breslau, Dresden, Duisburg, Hamburg, Königsberg, Magdeburg, Mannheim, München, Stettin hat sich am 2. September in Berlin die „Arbeitsgemeinschaft der Lagerhalter Deutschlands“ gebildet. In dieser Spitzenorganisation sind sämtliche Verbände und sonstige Firmen der Lagerhausunternehmungen und Speicherebetriebe aller Bundesstaaten Deutschlands zusammengeschlossen. Die Vereinigung bezweckt die Zusammenfassung und Vertretung der gewerbmäßigen Lagerhalter.

Abschluß des internationalen Wagonabkommens. Vom 2. bis 6. September 1930 fanden in Luzern die angekündigten Verhandlungen zwischen den an dem Abschluß des internationalen Wagonabkommens beteiligten Gruppen, d. h. Belgien, Deutschland, Italien, Frankreich, Österreich, Schweiz, Tschechoslowakei u. Ungarn statt. Nachdem über die Grundfragen, insbesondere die Aufteilung der Quoten, bereits im April d. J. ein Vorvertrag zustande gekommen war, gelang es nunmehr, auch über verschiedene noch nicht geregelte Punkte sowie über die Ausführungsbestimmungen völlige Einigung zu erzielen. Das Abkommen kann frühestens am 31. Dezember 1931 gefündigt werden und verlängert sich mangels Kündigung automatisch. Zweck des Vertrages ist die Verteilung des Exports, eine Normalisierung der Lieferungsbedingungen und eine Senkung der Preise durch Nationalisierungsmaßnahmen, von denen eine Behebung des Geschäftes erhofft wird. Der Sitz des Verbandes wurde für die erste Vertragsperiode nach Paris gelegt. Verhandlungen über den Beitritt Englands sind noch nicht abgeschlossen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Dr. Heibelberg, 8. Sept. Der Polizeibericht teilt mit: Am Sonntag hat die Nationalsozialistische Partei trotz ergangenen Verbots mehrfach versucht, in sämtlichen Stadtteilen Umzüge zu veranstalten. Die Polizei ist wiederholt gegen die Demonstrationen, welche den allgemeinen Verkehr behinderten, eingeschritten und hat sie zerstreut. Die Bahnpolizei wurden beschlagnahmt. Im Zusammenhang mit diesen Vorgängen gelangten sechs Personen zur vorläufigen Festnahme, welche, nachdem die Fortsetzung des ordnungswidrigen Zustandes und der Verkehrshinderung nicht mehr zu befürchten war, wieder frei gelassen wurden.

Dr. Doffenheim (bei Heidelberg), 9. Sept. Im Gemeindehaus gaben Sonntag nacht nach vorausgegangenem Streit die Gebrüder Anton und Peter Wähler auf Mitbewohner Schiffe ab. Zwei Männer wurden am Kopf getroffen und schwer verletzt. Die Täter wurden festgenommen.

Dr. Reuenweg am Belchen, 8. Sept. Am Samstag schlug der Blitz auch im Belchengebiet in den unterhalb der Jugendherberge gelegenen Bauernhof des Landwirts Friedrich Schwab und zündete. Das stattliche Anwesen brannte so rasch nieder, daß kaum das Vieh gerettet werden konnte.

Dr. Kaiserslautern, 6. Sept. Im Dezember 1923 hatten die Separatisten von Kaiserslautern aus ihren „Einzug“ in Odenbach gehalten und dabei den jung verheirateten Gastwirtsohn Otto Rauter niedergeschossen und einige weitere Odenbacher mehr oder minder schwer verletzt. Wegen dieser Mordtat, sowie wegen einer ähnlichen in Lauterbach, ist vor wenigen Wochen der berühmte Separatist Jakob Wagner in Unterjochungshaft genommen worden. Während er die Lautereder Tat zugibt, bestreitet er, den Odenbacher Mord. Der Verdacht richtete sich nun gegen den Zufuhräger August Fild in Kaiserslautern. Er wurde festgenommen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Neuwahl des Reichstags. Gemäß § 62 des Reichstimmordnung gebe ich in Ergänzung meiner Bekanntmachung vom 3. September 1930 — Staatsanzeiger vom 4. September 1930 Nr. 205 — nachstehend die vom Wahlschluß des XVI. Wahlkreisverbandes Württemberg-Baden innerhalb dieses Wahlkreisverbandes zugelassenen Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen bekannt:

1. der Kreiswahlvorschlag Nr. 1 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 1 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Sozialdemokratische Partei Deutschlands);

2. der Kreiswahlvorschlag Nr. 2 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Deutschnationale Volkspartei (Württembergische Bürgerpartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 2 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Deutschnationale Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden));
3. der Kreiswahlvorschlag Nr. 3 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 3 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei);
4. der Kreiswahlvorschlag Nr. 4 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Kommunistische Partei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 4 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Kommunistische Partei);
5. der Kreiswahlvorschlag Nr. 6 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Einheitsliste Deutsche Volkspartei — Deutsche Staatspartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 6 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Einheitsliste Deutsche Volkspartei — Deutsche Staatspartei);
6. der Kreiswahlvorschlag Nr. 7 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 7 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Reichspartei des Deutschen Mittelstandes e. V. (Wirtschaftspartei));
7. der Kreiswahlvorschlag Nr. 9 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung)) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 9 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung));
8. der Kreiswahlvorschlag Nr. 11 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Volkspartei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung) und Christlich-Sozialer Reichspartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 11 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Volkspartei (Reichspartei für Volkrecht und Aufwertung) und Christlich-Sozialer Reichspartei);
9. der Kreiswahlvorschlag Nr. 12 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Deutsche Bauernpartei) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 12 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Deutsche Bauernpartei);
10. der Kreiswahlvorschlag Nr. 17 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Christlich-Sozialer Volksdienst (Evangelische Bewegung)) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 17 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Evangelischer Volksdienst (Landesgruppe Baden des Christlich-Sozialen Volksdienstes));
11. der Kreiswahlvorschlag Nr. 24 des 31. Wahlkreises (Kennwort: Haus- und Grundbesitzer) und der Kreiswahlvorschlag Nr. 24 des 32. Wahlkreises (Kennwort: Haus- und Grundbesitzer).

Karlsruhe, den 8. September 1930.
Der Kreiswahlleiter des 32. Reichstagswahlkreises (Baden)
W a l z.

BADISCHES LANDESTHEATER Karlsruhe

Wer noch nicht Dauerbesucher ist, der

sei klug

und melde sich sofort zur Platzmiete an. Der Platzmieter ist Stütze des Theaters und daher Kulturträger!

Telefonruf:
Landestheater

R.561

Stoffe

Beachten Sie meine Fenster!

Wasch-Samte
prima Qualität
1,85 RM. per Meter

561

WILH. BRAUNAGEL, Karlsruhe, Herrenstraße 7

Oeffentl. Sparkasse Müllheim i. B.

Bilanz auf 31. Dezember 1929.

Vermögen:	RM.	Verbindlichkeiten:	RM.
1. Kassenbestand	38 392,48	1. Spareinlagen	3 055 169,09
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassen	33 013,36	2. Aufwertungsreserve	1 123 163,04
3. Wertpapiere	36 841,31	3. Vorkauf- und Kontokorrenteinlagen	333 827,43
4. Wechsel	255 169,67	4. Sonstige Einlage	—
5. Darlehen a. Hypotheken	1 685 859,86	5. Anlehens- und andere Schulden	126 196,90
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	1 112 450,10	6. Ausgaberrückstände	1 780,30
7. Darlehen a. Schuldschein	220 705,88	7. Rücklagen:	
8. Darlehen an Gemeinden	366 100,57	a) gesetzl. Reservefonds	200 037,43
9. Aufwertungs-forderungen	1 037 396,59	b) Sonderrücklage	16 884,03
10. Einnahmerückstände	144 352,17	8. Reingewinn v. Jahre 1929	73 225,77
11. Grundstücke u. Gebäude	1,—		
12. Gerätschaften	1,—		
	4 930 283,99		4 930 283,99

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8%, aus 3 388 996 RM. Einlagen = 271 119,68 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 290 147,23 RM
somit mehr = 19 027,55 RM

Müllheim i. B., den 6. September 1930. D.861

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
F. B. Hammerle

Der Geschäftsleiter:
S. Hirmer

Zwangsversteigerung.

4. V. 21/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat am Dienstag, dem 4. November 1930, vormittags 9 Uhr in seinen Diensträumen, Kaiserstr. 184, 2. Stock, Zimmer 10 das Grundstück des Molkereibesizers Otto Mayer hier, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 25. Juli 1930 im Grundbuch bemerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 25. Juli 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung vor der Auforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen; sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des veräußerten Gegenstands.

Grundstücksbefreiung:

Bgb. Nr. 2452: 17 a 52 qm Hofreite Müppurrer Str. Nr. 102, und zwar: Hofreite 11 a 75 qm, Hausgarten a 8 a 52 qm, Hausgarten b 2 a 25 qm.

Auf der Hofreite steht:

- a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit Durchfahrt und Balkeneller, Stallung und Hauspeicher,
- b) ein einstöckiger Seitenbau links an a angebaut, Stallgebäude mit Hauspeicher,
- c) Seitenbau mit Küche und Wohnung und Eisenbetoneller, zweistöckig,
- d) Stallgebäude, Lagerraum, zweistöckig,
- e) ein zweistöckiges Vortragsgebäude an a angebaut,
- f) ein zweistöckiger Anbau an b, Stall und Burzschzimmer,
- g) eine einstöckige Trinkhalle.

Geschätzter Verkaufswert 65 000 RM.
mit Zubehör 65 200 RM.

Auf dem Anwesen wird eine Molkerei betrieben.

Karlsruhe, den 3. September 1930. D.860

Bad. Notariat IV — Vollstreckungsgericht.

Jagdverpachtung.

Bad. Forstamt Forstheim verpachtet am Mittwoch, dem 24. September d. J., früh 10 Uhr auf seinem Geschäftszimmer in Forstheim (Forststraße 1) das Jagdrecht für den Staats-Jagdbezirk III — Jagenschieß-Württemberg — zwischen alter Tiefenbrunner Straße und Bürrmüllendstraße mit rund 604 ha auf die Dauer von 4 Jahren, d. h. vom 1. Februar 1931 bis dahin 1935. Vorzeiger des Jagdbezirkles Förster Stark, Seehaus, Post Bürrm. Nähere Auskunft durch das Forstamt. D.859

Kommundarlehnen

vermittelt unter günstigen Bedingungen

JOSEPH LIEBMANN

Bankgesch., Karlsruhe i. B., Tel. 75 u. 76

Wanzen! Wanzen!
welch ein Schreck,
mit SO2 schaffts Hüllstern weg
F. Hüllstern, Ungeziefer-Vernichtungs-Anstalt
Herrenstr. 5, Tel. 5791.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Auf die in Baden zugelassenen Braunschweiger Rot-Kreuz-Lose, Ziehung 21. August 1930, entfielen folgende Gewinne.

- Je 50 RM. Nr. 39011, 41689.
Je 20 RM. Nr. 1494, 12739, 41632, 49590.
Je 10 RM. Nr. 18893, 942, 23024, 344, 36535.
Je 5 RM. Nr. 1064, 23047, 665, 988, 36779, 89 020, 41 044, 8 557.
Je 2 RM. Nr. 1044, 1132, 60, 66, 73, 87, 1273, 88, 1301, 52, 72, 74, 1401, 52, 68, 83, 6202, 83, 88, 89, 318, 26, 41, 51, 79, 89, 447, 70, 562, 70, 83, 600, 41, 54, 61, 68, 72, 89, 93, 700, 12406, 10, 89, 52, 91, 96, 549, 58, 62, 63, 586, 614, 15, 24, 32, 70, 88, 734, 47, 49, 89, 813, 62, 65, 99, 18503, 15, 47, 615, 54, 97, 774, 95, 804, 46, 922, 37, 49, 85, 28045, 60, 67, 72, 85, 120, 42, 216, 44, 65, 93, 305, 54, 67, 83, 90, 425, 48, 49, 61, 522, 23, 49, 58, 69, 99, 613, 96, 731, 54, 59, 87, 97, 834, 65, 67, 925, 86401, 22, 521, 69, 95, 664, 72, 701, 3, 12, 65, 38605, 73, 88, 91, 800, 913, 39036, 41511, 14, 16, 29, 58, 75, 87, 613, 27, 61, 93, 718, 20, 80, 806, 14, 59, 942, 71, 86, 49212, 17, 26, 27, 63, 71, 90, 357, 63, 72, 412, 13, 23, 96, 519, 56, 63, 73, 89, 606, 24, 31, 36, 46, 57, 70, 95, 700.

FORMULARE

u. sämtliche Drucksachen
für Behörden liefert
prompt und preiswert

G. BRAUN GMBH.

vorm. G. Braunsche Hofbuch-
druckerei u. Verlag, Karl-Fried-
rich-Str. 14—18, Tel. 952—54

D. 858. Karlsruhe, über das Vermögen der Kaufmanns Julius Stengel, Inhaber eines Konfektions- und Manufakturwaren-geschäfts in Karlsruhe, Rabenweg Nr. 5, wurde heute vormittags 10 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Zur Vertrauensperson wurde Buchrevisor F. W. Böcker hier, Kaiserstr. 289, bestellt. Dem Schuldner wurde gemäß § 50, 51 und 54 B. O. allgemein verboten, über Vermögensgegenstände oder sein Privatvermögen ohne Zustimmung der Vertrauensperson zu verfügen. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Mittwoch, den 8. Oktober 1930, nachmittags 4 Uhr vor das Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. Nr. 3, I. Stock, Karlsruhe, 8. Sept. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

D. 857. Offenburg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Dienst & Lochner G.m.b.H. in Offenburg ist Termin zur Abnahme der Schlussrechnung zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen vor dem Amtsgericht Offenburg bestimmt auf: Mittwoch, den 1. Oktober 1930, vormittags 9 Uhr — Sitzungssaal — Offenburg, 8. Sept. 1930. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts II.

Durlach. D.866 Güterrechtsregister. eingetragen am 6. September 1930: Weiler, Friedrich, Maschinenmeister in Durlach, und Elisabetha geb. Pfeiffer. Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirtschaftskreises die Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen. Amtsgericht.